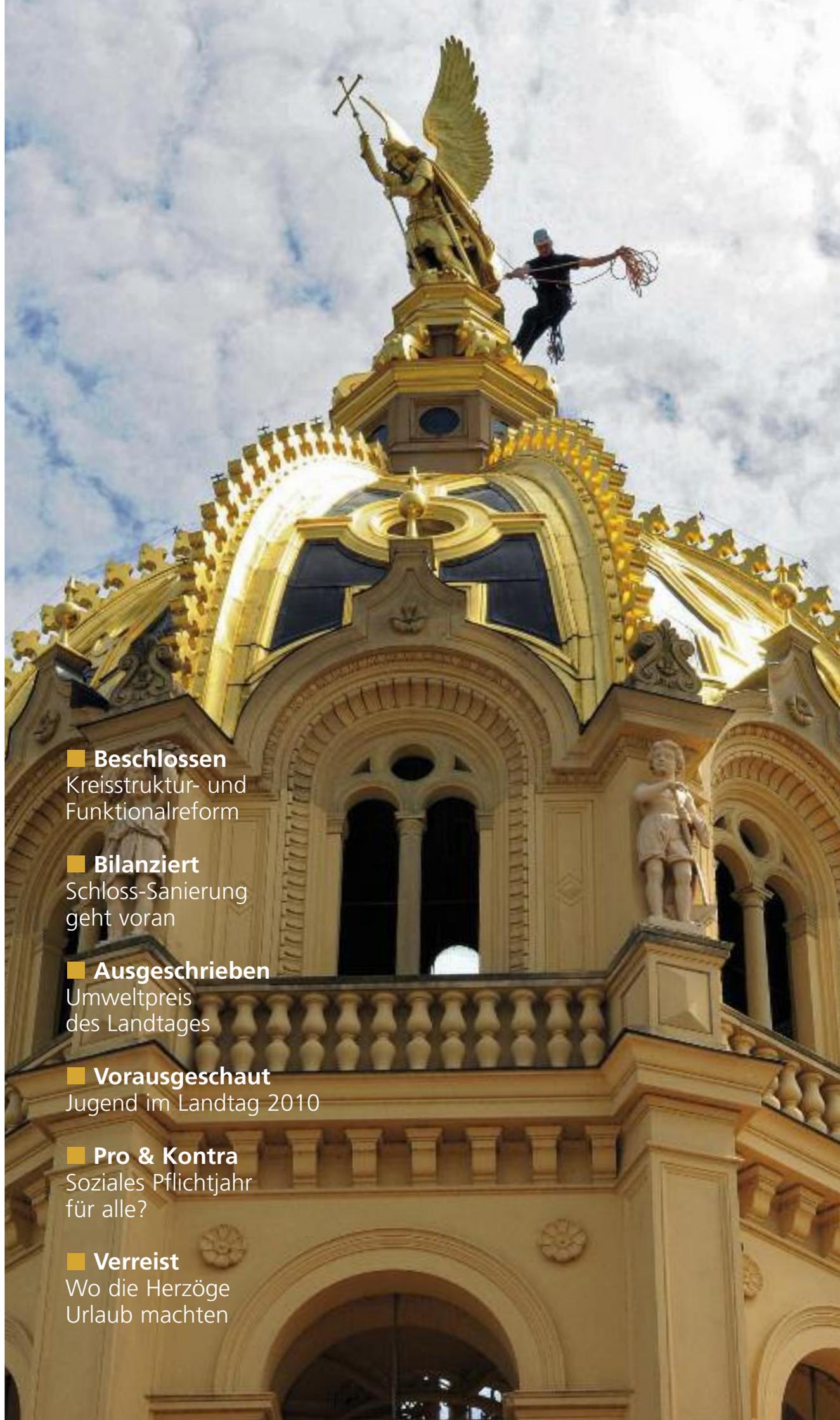


# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ **Beschlossen**  
Kreisstruktur- und  
Funktionalreform

■ **Bilanziert**  
Schloss-Sanierung  
geht voran

■ **Ausgeschrieben**  
Umweltpreis  
des Landtages

■ **Vorausgeschaut**  
Jugend im Landtag 2010

■ **Pro & Kontra**  
Soziales Pflichtjahr  
für alle?

■ **Verreist**  
Wo die Herzöge  
Urlaub machten



15. September  
6 / 2010

Seite 3

**Spezial**

Bauen am Schweriner Schloss

Seite 4

**Aus dem Plenum****Aktuelle Stunde**

Kreisgebietsreform

Seiten 5 – 11

**Verwaltungsreform**

Kreisstrukturgesetz und

Aufgabenzuordnung –

Zweite Lesung und Beschlussfassung

Seiten 12 – 18

**Weitere Themen:**

Kita-Gesetz

Wahlgesetz

Bildungsgipfel

Wald- und Forstwirtschaft

Sicherungsverwaltung

Weitere Beschlüsse

Seite 19

**Pro & Kontra**

Pflicht-Dienstjahr

für junge Männer und Frauen?

Seite 20 – 22

**Panorama**

Umweltpreis des Landtages

Architekturwettbewerb Plenarsaal

Mecklenburg-Vorpommern-Tag

Landtag vor Ort

Jugend im Landtag

UNESCO-Welterbe-Bewerbung

Seite 23

**Schlossgeschichten**

Ferienziele der

mecklenburgischen Herzöge

Seite 24

**Chronik**

Titelfoto (Cornelius Kettler)

Ausbesserungsarbeiten auf der Prunkkuppel des Schweriner Schlosses.

**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax: 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

# Der Apparat funktioniert, dient aber immer weniger

■ Es gibt da eine des Merkens werte Glosse aus dem Jahre 1918, in der Kurt Tucholsky unserem Vaterlande folgenden schönen Satz ins Poesiealbum stach: „Nicht die Deutschen beherrschen die selbst geschaffenen Apparate zur Vervollkommnung des Lebens – die Apparate beherrschen die Deutschen.“ Man könnte auch sagen: Die Apparate sollen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Auch eine Verwaltung ist ein solcher Apparat. Nun haben es sich die wechselnden Landesregierungen in den Kopf gesetzt, diese Verwaltungen zu reformieren, sie effizienter zu machen, sie breit aufzustellen, sie zukunftstüchtig zu machen und – selbstverständlich – dabei auch „die“, wahlweise auch „unsere“, Menschen dabei mitzunehmen. Was man halt so sagt. Und? Tun sie das? Dienen nach der Reform die Apparate besser den Menschen – draußen im Land? Mitnichten. Möglich, dass die eine oder andere Million eingespart wird, das bleibt abzuwarten. Jedoch: Ist es das wert?

Mecklenburg-Vorpommern feiert dieses Jahr seinen 20. Geburtstag. Gefeierte wird da auch etwas, das der Landstrich kaum kennenlernte – die Demokratie. Gerade mal 20 Jahre ist es her, dass die Grünen Tische der Macht in den drei Bezirksstädten abgeschafft und in Runde verwandelt wurden. Damit einher ging auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung, das auch die Bürger direkter an den Entscheidungen vor Ort beteiligt.

Mit der jetzt angeschobenen Reform wird dieses Prinzip sicher nicht ausgehebelt, aber an seinen Rändern weiter ausgefranst. Denn: Je größer ein Apparat, desto anonymer wird er auch. Politische Entscheidungsräume werden mit den Großkreisen zentralisiert, weg von den Bürgern, die doch so gerne mitgenommen werden sollen. Der Bürger aber bleibt dort, wo er ist, während sein Landrat, seine Verwaltung, seine Kreistagsabgeordneten in die Ferne schweifen müssen. Nicht nur, dass in die entstehenden Vakuumzonen auch Radikale vorstoßen können, um diese dann zu „befreien“. Diese Zonen sind an sich schon gefährdet: Bürgerferne trägt allemal zu Politik- und Politikerverdrossenheit bei. Der Apparat ist sich dabei selbst genug. Er funktioniert, dient aber immer weniger.

Das sind aber noch nicht alle Geister, die



Foto: privat

Uwe Reißweber (44), geboren in Sonneberg, ist Redakteur bei der mvm gmbh (gemeinsame Mantelredaktion Nordkurier und Schweriner Volkszeitung). Magister Germanistik/Internationale Beziehungen. 14 Jahre Volontär, Redakteur und Redaktionsleiter beim Nordkurier, überwiegend auf Usedom.

die Reformer rufen: Gespenst Nummer zwei sind die künftig nur noch sechs Landräte plus die Oberbürgermeister der dann noch zwei kreisfreien Städte. Ganz abgesehen davon, dass zu viel Macht in einer Hand fast immer dem Charakter schadet, ist sie auch dem gesamten Landeswohl nicht zuträglich. Man stelle sich vor, was passiert, wenn die acht „Erzherzöge“ aufeinander prallen – wo zuvor 18 meist noch recht bodenständige Vertreter die Interessen ihrer Gebietskörperschaften fein miteinander austarieren mussten. Das ist sicherlich mühseliger und aufwändiger, dafür aber kommen die Kleinen und Kleineren weniger unter die Räder. Ganz nebenbei: Die Macht der jetzigen Fürsten, die sich dann in den Händen der künftigen Erzherzöge bündelt, wird auch dem Kaiser zu schaffen machen. Ein Landrat eines Kreises von der Größe des Saarlandes wird mit Ministerpräsident und Ministern ganz anders Schlitten fahren: „Der Werdegang war so: wir alle konnten uns nicht damit befassen, die Straßen unseres Gemeinwesens zu reinigen. Es wurde also ein Mann von uns allen, von Gemeinde wegen, bestellt, der bekam Geld und Leute und hatte für Besen und Eimer und Wagen zu sorgen und die Straßen sauber zu halten. Weiter sollte er nichts. Was aber machte der Mann, der aus Deutschland stammte, zu allererst? Er machte sich wichtig.“ Schrieb der Tucholsky. Und ein wirklich großen Reformator ließe sich da auch noch zitieren: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Das walte Hugo. Unbestritten ist: So manche Gemeinde, mancher Kreis steht vor dem finanziellen Kollaps, ist kaum mehr handlungsfähig. Da liegt der Hase im Pfeffer. Nicht Großkreise werden dieses Problem lösen, sondern Samtgemeinden, die ihre Kräfte bündeln können und dennoch für den Bürger überschaubar bleiben. Schönster Nebeneffekt dabei könnte die Abschaffung der Amtsebenen sein. Aber da sei Hugo vor: Aufschrei der Beamten- und Angestelltenschar, Zeter und Mordio bei Vorstehern und Gefolge. Ein solcher Schritt wäre wahrlich mutig. Man könnte ihn sogar eine Reform nennen.

**Uwe Reißweber**



Pressetermin im Schloss-Innenhof.

## Repräsentativer Landtagssitz und beliebtes Reiseziel

**Bauarbeiten am Schweriner Schloss kommen gut voran**

■ Die Bauarbeiten am Schweriner Schloss kommen gut voran. Nach der Sanierung der Außenfassade rechtzeitig vor der BUGA im vergangenen Jahr werden derzeit Fassaden im Innenhof saniert. Mit der Restaurierung der Renaissance-terrakotten in den Medaillonsälen der Orangerie und der Instandsetzung der Schlosskirche stehen in den kommenden Jahren weitere Sanierungsarbeiten an. Bei einem Pressetermin am 1. September informierten Bauminister Volker Schlotmann und Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider über den aktuellen Stand der Baumaßnahmen am Schloss.

Der bisher erreichte Sanierungsfortschritt, der hohe Besucherzuspruch und die geschaffenen vielfältigen Nutzungen im Schloss – als Landtagssitz, Museum, Gastronomie und Kirchengemeinde – zeige, was in den letzten 20 Jahren erreicht wurde, sagte die Landtagspräsidentin. „Ich denke, dass die denkmalgerechte Sanierung des Schweriner Schlosses ein Pluspunkt sein wird bei der Bewerbung des Schweriner Schlossareals um Aufnahme in die Weltkulturerbeliste der UNESCO, die derzeit vorbereitet und vom Landtag unterstützt wird“, betonte sie. Die Erlangung des Titels Welterbe der UNESCO wäre ein Gewinn für das Schloss, die Stadt Schwerin und das Land Mecklenburg-Vorpommern sowie ein Beleg dafür, dass mit den bisherigen Sanierungsmaßnahmen der richtige Weg beschritten wurde. Bauminister Volker Schlotmann sieht das genauso. „Das Schloss Schwerin gehört zu den beeindruckendsten Zeugnissen der Architekturgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern“, sagte er. Durch die Investitionen der vergangenen Jahre habe

sich das Schloss zu einem repräsentativen Landtagssitz und einem beliebten Reiseziel für Touristen entwickelt. Damit gehöre es auch zu den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Stadt Schwerin. Ein Großteil der Sanierungsarbeiten sei geschafft. „Doch auch wenn sich das Schloss im vergangenen Jahr zur BUGA den Besuchern nahezu ohne Gerüst präsentiert hat, bleibt bei der Sanierung der historischen Bausubstanz auch in den kommenden Jahren noch einiges zu tun.“

Die größte Baumaßnahme am Schweriner Schloss ist derzeit die Sanierung der Innenhoffassade. Momentan wird die Fassade am sogenannten Neuen Langen Haus saniert. Seit Ende Juli steht das Baugerüst. An dieser wie auch an zwei weiteren Fassaden befinden sich wertvolle Terrakotten. Diese werden nach einer gründlichen Bestandsaufnahme restauriert, konserviert und wenn nötig rekonstruiert. Ziel der Arbeiten ist es, die in Teilen sehr stark geschädigten Terrakotten vor weiterem Verfall zu bewahren, aber auch Fehlstücke zu ergänzen oder zu erneuern. Da-



Sylvia Bretschneider und Volker Schlotmann

bei soll möglichst viel originale Bausubstanz erhalten bleiben. Ebenso werden Putz-, Stuck-, Klempner- und Dachdeckerarbeiten ausgeführt. Die Kosten für die Sanierung am Neuen Langen Haus, die voraussichtlich 2012 abgeschlossen sein wird, belaufen sich auf rund 1,9 Millionen Euro.

In den kommenden Jahren wird unter anderem die Restaurierung der Renaissance-terrakotten aus dem 16. Jahrhundert in den Medaillonsälen der Orangerie in Angriff genommen. Dafür werden rund 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Baubeginn soll noch im Oktober sein. Außerdem soll bis zum 450-jährigen Jubiläum der Kirchweihe im Jahr 2013 die Schlosskirche instand gesetzt werden. Damit soll im kommenden Jahr begonnen werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 4,6 Millionen Euro.

Insgesamt wurden für die Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten am Schweriner Schloss, für die der Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL M-V) verantwortlich ist, seit 1990 rund 110 Millionen Euro ausgegeben. Damit konnten bereits die Fundamente, große Teile der Fassaden und Dächer, die Prunkkuppel, das Hauptportal und der Kirchenchor, die Orangerie und der Burggarten instand gesetzt werden.

Das Schweriner Schloss verfügt vom Keller bis zum Dachgeschoss insgesamt über 505 Räume, die sich zu einer Gesamtfläche von 12.556 Quadratmetern addieren. 69 Prozent dieser Fläche werden durch den Landtag genutzt. Etwa ein Fünftel (21 Prozent) der zur Verfügung stehenden Räume nutzt das Schlossmuseum. Sieben Prozent der Gesamtfläche aller Innenräume des Schlosses entfallen auf die Gastronomie. Die Fläche der Schlosskirche macht drei Prozent der Gesamtfläche aus.

# Kreisgebietsreform

**Demokraten weisen Vorwürfe der NPD-Fraktion zurück**

■ In der Aktuellen Stunde am 7. Juli hat die NPD die geplante Kreisgebietsreform angeprangert. „Das Theaterstück“ werde unter Ausschluss der Öffentlichkeit von oben durchgedrückt, sagte Fraktionsvorsitzender Udo Pastörs. Seine Fraktion, die das Thema für die Aktuelle Stunde bestimmt hatte, forderte „Volkes Wille achten – Volksbeteiligung zur Kreisgebietsreform“. Heinz Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, wies die Vorwürfe der NPD im Namen der demokratischen Fraktionen zurück.

„Die Kreisgebietsreform wird zum Nachteil aller Bürger kommen, und ihre Ausgestaltung wird ausschließlich von der CDU/SPD-Regierung definiert sein“, sagte der Vorsitzende der NPD-Fraktion, **Udo Pastörs**. Er nannte das Vorhaben eine „Reform, die keine ist“. Die Regierung würde versuchen, durch Zentralisierung zum Nachteil des Bürgers Konzentrierungen durchzuführen, deren Einsparungseffektivität höchst zweifelhaft sei. Den Abgeordneten warf er vor, keine „mündigen Bürger“ zu wollen. „Sie wollen auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung unter Ausschluss des Volkes nur Ihre Pfründe sichern“, sagte er. Die Stellungnahmen von Verbänden, Ämtern und Kommunen seien „reines Showprogramm“ gewesen. Die Landesregierung könne schon längst nicht mehr Politik gestalten. „Sie sind bankrott. Sie können nur noch reagieren und nicht mehr agieren“, so Pastörs.



Udo Pastörs (NPD)

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider musste dem NPD-Politiker während der Rede drei Ordnungsrufe erteilen, unter anderem wegen unparlamentarischer Äußerungen und Missachtung der Ge-

schäftsordnung. Entsprechend den Festlegungen in der Geschäftsordnung des Landtages verlor Udo Pastörs damit sein Rederecht für den Sitzungstag.



Heinz Müller (SPD)

**Heinz Müller**, der für alle demokratischen Fraktionen sprach, wies die Vorwürfe des NPD-Politikers zurück. „Wir haben einen sehr umfassenden Diskussionsprozess zu diesem Projekt durchgeführt, und dieses seit vielen Jahren“, betonte der SPD-Parlamentarier. Es habe zahlreiche Anhörungen in den Fachausschüssen und intensive Gespräche mit den Betroffenen gegeben. „Wir haben vor Ort in den Wahlkreisen – und viele von uns auch außerhalb des eigenen Wahlkreises – eine Fülle von Veranstaltungen zu diesem Thema gemacht.“ Aber weder dort noch bei den Beratungen im Innenausschuss und in der Enquetekommission habe sich die NPD eingebracht. Es seien viele kontroverse Stimmen gehört worden. „Nur eine Stimme habe ich in diesem Prozess fast nie gehört, das war die Stimme der NPD.“ Die Demokraten hätten das Ziel, die Verwaltung zu modernisieren. Die NPD aber habe kein Interesse daran, überhaupt vernünftige Vorstellungen für die zukünftige

Gestaltung der Verwaltung zu entwickeln, sondern sage ganz offen, „dass dieses System zusammenbrechen soll“, kritisierte Müller. An dem Diskussionsprozess habe sich die NPD nur mit einem einzigen, „ich darf das mal so salopp sagen – wenig sinnvollen Vorschlag“ beteiligt, erinnerte Müller an die Forderung der NPD, die „Kreise möglichst von Aufgaben völlig zu entblößen, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen“. „Und am Ende dieses Prozesses stellen Sie sich als die guten Menschen hin und sagen, wir verlangen, dass das Volk mitredet“, warf Müller der NPD vor. Das sei nichts anderes als Heuchelei. „Was würden Sie denn tun, wenn das Volk eine andere Meinung vertritt als Ihre?“, fragte er. „Sie wenden Gewalt gegen Menschen an, die anders denken als Sie. Und wer so handelt, wer Gewalt als Mittel der Politik akzeptiert und praktiziert, der soll hier nicht von der Einbeziehung des Volkes reden“, sagte Heinz Müller unter starkem Beifall aus den Reihen der demokratischen Fraktionen.

## Aktuelle Stunde

nennt man eine Kurzdebatte über Angelegenheiten von allgemeinem, aktuellem Interesse. Das Antragsrecht für das Thema wechselt zwischen den Fraktionen in der Reihenfolge ihres Stärkeverhältnisses. Die Dauer der Kurzdebatte ist auf eine Stunde beschränkt. Die Redezeit wird entsprechend dem Stärkeverhältnis auf die Fraktionen aufgeteilt, wobei jeder Redner nicht länger als 10 Minuten sprechen soll. In dieser Aktuellen Stunde sprachen nur Udo Pastörs und Heinz Müller, der für die vier demokratischen Landtagsfraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf die Rede des NPD-Fraktionsvorsitzenden entgegnete.

# Landtag beschließt Verwaltungsreform

**Größtes Modernisierungs-Vorhaben auf den Weg gebracht**

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 7. Juli eines der wichtigsten Reformvorhaben der rot-schwarzen Landesregierung auf den Weg gebracht: die Modernisierung der Verwaltung. Herzstück ist die Kreisgebietsreform, die nach teilweise sehr emotional geführter Diskussion beschlossen wurde. Vor Beginn der Parlamentsdebatte hatten sich vor dem Schloss hunderte Demonstranten für Kreissitze in ihren Städten eingesetzt. Erstmals wurde wegen des großen Interesses eine Landtagssitzung live auf einer Großbildleinwand auf dem Alten Garten und in den Festsaal übertragen. Neben dem „Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes“ (Kreisstrukturreform) wurde auch das „Gesetz über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung“ (Funktionalreform) verabschiedet.



Dr. Gottfried Timm (SPD)

Der Vorsitzende des Innenausschusses, der SPD-Abgeordnete **Dr. Gottfried Timm**, verwies auf zahlreiche Änderungen, die bei den Beratungen zu beiden Gesetzentwürfen

im Innenausschuss beschlossen wurden. 91 Änderungen seien schließlich in die Beschlussempfehlungen eingearbeitet worden. Dabei seien auch Ratschläge von Fachleuten außerhalb des Parlaments berücksichtigt worden. Im Anhörungsverfahren sind Gottfried Timm zufolge unter anderem Vertreter aller Landkreise sowie Verbände und Organisationen zu Wort gekommen. Auch im Kreisstrukturgesetz seien zahlreiche Änderungen vorgenommen worden. Als Kreissitze favorisierte der Innenausschuss die Städte Wismar, Güstrow, Stralsund, Parchim, Neubrandenburg und Greifswald.

Mit der Verwaltungsreform reagiert die Landesregierung nach Angaben von Ministerpräsident **Erwin Sellering** auf die demografische Entwicklung und die sinkenden Zuwendungen von Bund und EU. Die Personalausgaben der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern sind mit 206 Euro je Einwohner etwa doppelt so hoch wie im benachbarten Schleswig-Holstein. Der Regierungschef unterstrich vor den Abgeordneten noch einmal die Bedeutung der Reform für das Land. Es würden zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen ge-



Ministerpräsident Erwin Sellering

schaffen, sagte er. Die Verwaltung werde gestrafft, Doppelzuständigkeiten würden abgebaut. Die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte soll reduziert werden.

Künftig soll es noch sechs Kreise und zwei kreisfreie Städte geben. Parallel sollen im Zuge der Funktionalreform Aufgaben, zum Beispiel im Natur- und Immissionschutz, vom Land auf die neuen Kreise übertragen werden. „Wir straffen die Verwaltung. Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung, indem wir zukunftsfähige Strukturen schaffen und Aufgaben übertragen. Und wir sparen bei den Verwaltungsausgaben“, fasste Sellering zusammen. Nach unterschiedlichen Gutachten seien nach einer Anlaufzeit Einsparungen von etwa 50 Millionen Euro jährlich möglich.



Harry Glawe (CDU)

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Harry Glawe**, plädierte für die beiden neuen Gesetze und dafür, sie zügig umzusetzen. Auch er verwies auf Zwänge wie die sinkende Einwohnerzahl und das Auslaufen des Solidarpaktes. Nur so könne die Zukunft des Lan-

## Chronologie des Verfahrens

### 26. Juli 2007

Das Landesverfassungsgericht M-V erklärt das Verwaltungsmodernisierungsgesetz (Landtagsdrucksache 4/1380) für unvereinbar mit der Landesverfassung.

### 27. November 2007

Die Landesregierung beschließt „Ziele, Leitbild und Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern“. (Landtagsdrucksache 5/1059)

### 12. Dezember 2007

Der Landtag beauftragt die Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, bis zum 31. März 2008 einen Zwischenbericht zu der Unterrichtung durch die Landesregierung „Ziele, Leitbild und Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern“ (Landtagsdrucksache 5/1059) vorzulegen.

### 27. März 2008

Die Enquete-Kommission beschließt diesen Zwischenbericht nebst einer Empfehlung für eine begleitende Entschließung zum „Gesamtrahmen für die umfassende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern“ (Landtagsdrucksache 5/1380).

### 24. April 2008

Der Landtag macht sich „Ziele, Leitbild und Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern“ mit den von der Enquete-Kommission vorgesehenen Änderungen zu Eigen. (Landtagsdrucksache 5/1409)

### 24. Juni 2008

Innenminister Lorenz Caffier stellt mögliche Kreismodelle vor.

# Die neuen Landkreise



Quelle: Innenministerium M-V

## Kreisstruktur- und Funktionalreform

### Der Beschluss

Dem Gesetz über die Kreisreform zufolge soll die Zahl der Landkreise von jetzt zwölf auf sechs halbiert werden. Von den bisher sechs kreisfreien Städten werden Neubrandenburg, Greifswald, Stralsund und Wismar kreiszugehörig, nur Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin bleiben kreisfrei. Die Funktionalreform sieht vor, gut 200 Stellen vom Land in die Verantwortung der Kommunen abzugeben. Dies ist vielen Landes- und Kommunalpolitikern zu wenig.

### Wann

Die Reform soll am 4. September 2011 mit der Wahl der neuen Kreistage und Landräte vollzogen werden. An diesem Tag wird vermutlich auch der neue Landtag gewählt.

### Die Abstimmung

Für die Reform stimmten 40 Abgeordnete von der SPD/CDU-Koalition. 28 Parlamentarier votierten mit Nein und damit auch drei aus dem Regierungslager. Weitere drei Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil: Die beiden CDU-Abgeordneten Beate Schlupp und Udo Timm erklärten extra ihre Nichtteilnahme und machten von ihrem Recht Gebrauch, dies im Anschluss an die Abstimmung zu begründen. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs war schon Stunden zuvor nach einem vierten Ord-

nungsruf von der Sitzung ausgeschlossen worden. Die demokratische Opposition im Parlament konnte sich mit ihrem Vorschlag, die Kreisgebietsreform auf 2014 zu verschieben, weil dann reguläre Kommunalwahlen anstehen, nicht durchsetzen. Ihre Redner sehen auch ein Problem für die Arbeit der ehrenamtlichen Abgeordneten, die in den sechs nun größeren Kreisen oft wesentlich längere Strecken zurücklegen müssten.

### Die Historie

Der Landtag hat zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre in Schwerin eine Kreisgebietsreform beschlossen. Die erste Reform stoppte das Landesverfassungsgericht 2007. Klage hatte die damalige CDU-Landtagsfraktion eingereicht. Auch gegen das neue Gesetz sind Klagen angedroht.



Foto: Uwe Balewski

# Verwaltungsreform

## Kreisgebietsreform

des gesichert werden. Die Entwürfe seien umfassend diskutiert und einzelne Regelungen solide abgewogen worden. Kritikpunkte, die auch das Landesverfassungsgericht bemängelt hatte, seien nun verbessert worden. Jetzt gelte es, nach vorn zu schauen und anzupacken, damit ein möglichst reibungsloser Start im Herbst 2011 gelingt, forderte der Landespolitiker.



Peter Ritter (DIE LINKE)

**Peter Ritter**, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, forderte, die Kreisgebietsreform von 2011 auf 2014 zu verschieben. Das sei wichtig, damit die Kommunalpolitiker in den Landkreisen Luft zum Atmen haben, begründete er. Bei einer Reform 2011 müssten die neuen Kreistage innerhalb von drei Jahren zweimal gewählt werden, denn 2014 steht die nächste reguläre Kommunalwahl an. Er kritisierte zudem, die Gesetzentwürfe „werfen das Land hinter den Stand von 2006 zurück“. Die Aufgabenübertragung vom Land auf die neuen Kreise sei gescheitert. Ohne sie mache eine Kreisreform aber keinen Sinn. „Das ist keine Reform, sondern eine Reformblockade ersten Ranges“, sagte er. Er bezweifelte, dass die Vertreter der Koalition das Gerichtsurteil von 2007 genau ausgewertet haben, und rechnet erneut mit Verfassungsklagen. Das Gesetz müsse gestoppt werden, um Schaden vom Land abzuwenden.

Innenminister **Lorenz Caffier** dagegen betonte, dass er das Modell für rechtssicher halte. Die Struktur sei in der Regierung und im Parlament umfangreich diskutiert worden. Das Modell habe sich aus anfänglich 13 Varianten herauskristallisiert. Die Bewohner der sechs geplanten Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern sollen die Kreisnamen selbst bestimmen dürfen. „Wir werden heute nur vorläufige Bezeichnungen festlegen“, sagte er.



Innenminister Lorenz Caffier

Am Tag der Kreis- und Landtagswahlen am 4. September 2011 sollen die Wähler dann in einer Bürgerentscheid über den endgültigen Namen ihres Kreises abstimmen. „Das ist deutschlandweit einmalig“, sagte Caffier, und sei ein „nicht zu unterschätzender“ Beitrag, damit die neuen Landkreise keine Fremdkörper werden. Städte, die den Kreissitz verlieren, würden weiter Behördensitze behalten. Er verwies auch darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr noch eine Milliarde Euro aus dem Solidarpakt bekommt. Bis 2019 sinken diese Zuweisungen auf Null. Die EU-Maximalförderung endet für das Land schon 2013.



Heinz Müller (SPD)

**Heinz Müller**, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, warnte vor einem Verschieben der Reform. Drei Jahre Verzögerung würden einen Verlust von 150 Millionen Euro bedeuten. Der Linken warf er einen Sinneswandel vor. Die Fraktion habe ihre Position in Bezug auf die Verwaltungsreform deutlich geändert. Sie sei von einer Reformbefürworterin zur Verhinderin geworden. Die Reform sei schon aus finanzpolitischen Gründen notwendig. Er appellierte kurz vor der Schlussabstimmung noch einmal an all jene, die sich bis zur letzten Sekunde engagiert für bestimmte Kreissitze einsetzen, auch als Verlierer tatkräftig und kooperativ an der Gestaltung der neuen Kreise mitzuwirken.

Die FDP werde beide Gesetzentwürfe ablehnen, sagte deren kommunalpolitischer Sprecher, **Gino Leonhard**. Die von der Koalition angestrebten Einsparungen sei-

### Chronologie des Verfahrens

#### 16. Juli 2009

1. Lesung der Gesetzentwürfe und Überweisung in den Innenausschuss (Federführung) und zur Mitberatung in den Bildungs-, den Agrar-, den Sozial-, den Verkehrs-, den Finanz-, den Wirtschafts- und den Europa- und Rechtsausschuss

Der Innenausschuss beschließt eine umfassende schriftliche öffentliche Anhörung bis zum 16. Oktober 2009; 1053 Anzuhörende werden zur Stellungnahme aufgefordert.

#### 15. Oktober und 5. November 2009

Beratung im Innenausschuss

#### 23. November 2009

Zwischenberichte des Innenausschusses über die Ergebnisse des schriftlichen Anhörungsverfahrens (Landtagsdrucksachen 5/2986 und 5/2987)

#### 3. und 4. Dezember 2009

mündliche Anhörungen

#### 7. und 8. Dezember 2009

104 Anzuhörende wurden zur Stellungnahme aufgefordert.

Themen: Bürgerentscheid zu Kreissitz und Kreisname; Auswirkungen des Verlustes des Kreisstadtstatus; Auswirkungen der Einkreisungen der bisher kreisfreien Städte; Verbandsmodell; Aufgabenübertragungen

#### 25. Februar 2010

Beratung im Innenausschuss, Mitberatung im Bildungsausschuss

#### 3. März 2010

Mitberatung im Verkehrsausschuss, im Sozialausschuss und im Wirtschaftsausschuss

#### 4. März 2010

Beratung im Innenausschuss, Mitberatung im Bildungsausschuss

# Verwaltungsreform

## Kreisgebietsreform

### Chronologie des Verfahrens

#### 25. März 2010

Beratung im Innenausschuss mit Beschluss der Weiterführung der mündlichen Anhörung, Mitberatung im Finanzausschuss

#### 10. und 11. Mai 2010

mündliche Anhörungen, 126 Anzuhörende wurden zur Stellungnahme aufgefordert

Themen: Bestimmung des Kreissitzes und des Kreisnamens; Zuordnung der Hansestadt Demmin und des Amtes Demmin-Land; Zeitpunkt des Personal- und Aufgabenübergangs; Verbandsmodell; weitere Aufgabenübertragungen

#### 12. Mai 2010

Mitberatung im Verkehrs-, im Sozial- und im Wirtschaftsausschuss

#### 19. Mai 2010

Mitberatung im Verkehrs-, im Sozial- und im Europa- und Rechtsausschuss

#### 20. Mai 2010

Beratung im Innenausschuss mit Beschluss einer schriftlichen Anhörung der derzeitigen Kreisstädte hinsichtlich der Eignung als Kreissitz in den beabsichtigten neuen Landkreisen bis zum 8. Juni 2010

Kriterien: Einordnung im zentralörtlichen System; Erreichbarkeit; Einwohnerzahl; Situation der vorhandenen Verwaltungsimmobilien; strukturlpolitische Auswirkungen; Mitberatung im Bildungsausschuss und im Finanzausschuss

#### 26. Mai 2010

Mitberatung im Verkehrs-, im Sozial-, im Wirtschafts- und im Europa- und Rechtsausschuss



Gino Leonhard (FDP)

en fiktiv. Beispielsweise seien steigende Sozialkosten nicht berücksichtigt. Die Liberalen würden den Antrag der Linken unterstützen, die Reform erst 2014 zu starten. Zudem sind

den Liberalen die neuen Kreise flächenmäßig zu groß. Der FDP-Politiker nannte als Beispiel die Distanz von 132 Kilometern zwischen Dierhagen auf dem Darß im äußersten Westen des künftigen Kreises Nordvorpommern und Dranske im Osten Rügens. Das sei für ehrenamtliche Kreistagsabgeordnete nicht zu bewältigen, sagte er. Die Liberalen plädieren außerdem dafür, dass Rügen ein eigener Kreis bleibt.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Torsten Renz**, warb für beide Gesetze um breite Zustimmung. „Mit der Reform schaffen wir wichtige Voraussetzungen zur Sicherung der Zukunft des Landes. Wer will, dass Mecklenburg-Vorpommern seine 1990 wieder erlangene Selbstständigkeit behaupten kann, muss zustimmen.“ Wer gegen die Reform stimmt, gefährde die Zukunft des Landes. Natürlich könne es immer Kritik in



Torsten Renz (CDU)

Einzelfragen geben. Angesichts von Demografie sowie sinkenden Zuweisungen aus dem Solidarpakt II und den EU-Fonds könne auf eine Verwaltungsreform aber nicht verzichtet werden, betonte der Abgeordnete.



Stefan Köster (NPD)

**Stefan Köster** (NPD) hält die neuen Entwürfe für genauso „unausgewogen“ und „nicht nachvollziehbar“ wie das erste Reformvorhaben. Die geplanten Großkreise würden zu anonymen Gebilden, die sich weit vom Bürger entfernen. Die NPD dagegen setze sich für eine Stärkung der Städte und des ländlichen Raumes ein. Man müsse überlegen, ob Landkreise überhaupt notwendig seien. Seine Fraktion lehne „Monsterkreise“ ab. Er prophezeite eine erneute Niederlage für die Reformbefürworter vor dem Landesverfassungsgericht.



Foto: Uwe Bajewski

# Verwaltungsreform Gebietsreform

Fotos: Uwe Baleski



## Chronologie des Verfahrens

### 27. Mai 2010

Beratung im Innenausschuss, Mitberatung im Agrar- und im Finanzausschuss

### 3. Juni

Beratung im Innenausschuss, Mitberatung im Finanzausschuss

### 17. Juni und 24. Juni 2010

abschließende Beratungen im Innenausschuss

### 29. Juni 2010

Beschlussempfehlungen und Berichte des Innenausschusses zu den Gesetzentwürfen  
(Landtagsdrucksachen 5/3599 und 5/3600)

### 7. Juli 2010

2. Lesung im Plenum und Schlussabstimmung der Gesetzentwürfe

### 4. September 2011

Bildung der sechs neuen Landkreise und zwei kreisfreien Städte  
Wahl der neuen Kreistage und Landräte

## Drucksachen

### **Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes**

Entwurf der Landesregierung

[Drucksache 5/2683](#)

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses Drucksache 5/3599

### **Gesetz über die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung**

Entwurf der Landesregierung

[Drucksache 5/2684](#)

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses

[Drucksache 5/3600](#)

# Verwaltungsreform

Fotos: Uwe Balewski



Foto: Cornelius Kettler



Vor Beginn der Parlamentsdebatte hatten sich vor dem Schloss hunderte Demonstranten für Kreissitze in ihren Städten eingesetzt.



# Abstimmungsreform

## Kreisgebietsreform

**Kopf-an-Kopf-Rennen um neue Kreissitze**

■ Die Wahl der neuen Kreissitze geriet zu einem Marathon im Plenarsaal. Teilweise war namentliche Abstimmung beantragt worden. Die Ergebnisse wurden mit Spannung erwartet – und fielen mitunter denkbar knapp aus.

Vor allem zwischen Ludwigslust und Parchim gab es ein regelrechtes Kopf-an-Kopf-Rennen. Der Innenausschuss hatte in seiner Beschlussempfehlung Parchim als künftige Kreisstadt für Südwestmecklenburg vorgeschlagen. Mehrere Abgeordnete hatten Änderungsanträge zugunsten von Ludwigslust eingebracht. Bei der Abstimmung unterstützten 34 Parlamentarier die Änderungsanträge, 35 waren dagegen, einer enthielt sich. Die anschließende und entscheidende Abstimmung über den entsprechenden Paragraphen des Kreisreformgesetzes fiel deutlicher aus: 41 Abgeordnete votierten für die Bildung des Land-

kreises Südwestmecklenburg mit Parchim als Kreisstadt, 24 dagegen. Fünf Abgeordnete enthielten sich.

Das vom Innenausschuss für Südvorpommern vorgeschlagene Greifswald setzte sich gegen das kleinere, aber zentraler gelegene Anklam deutlicher durch. In der ersten Abstimmung über Änderungsanträge, die neben Anklam auch Pasewalk ins Gespräch brachten, erhielt Anklam 32 Stimmen, Greifswald 35, Pasewalk eine. In der nachfolgenden Entscheidung über den Paragraphen im Gesetz über die Errichtung des Kreises Südvorpommern mit dem Kreissitz Greifswald gab es 45 Ja-Stimmen bei 21 Ablehnungen und 4 Enthaltungen.

Die Kreissitze für die Kreise Mecklenburgische Seenplatte (Neubrandenburg), Mittleres Mecklenburg (Güstrow), Nordwestmecklenburg (Wismar) und Nordvorpommern (Stralsund) waren nicht umstritten. Änderungsanträge zugunsten der Stadt

Bergen auf Rügen (Nordvorpommern) und Neustrelitz bzw. Waren / Müritz (Mecklenburgische Seenplatte) erhielten nur wenige Ja-Stimmen.

Der größte neue Kreis, Mecklenburgische Seenplatte, wird mit knapp 5500 Quadratkilometern mehr als doppelt so groß sein wie das Saarland. Auch die Kreise Südwestmecklenburg, Mittleres Mecklenburg, Südvorpommern und Nordvorpommern werden größer sein als der bisherige Spitzenreiter in Deutschland, der Landkreis Uckermark in Brandenburg mit 3058 Quadratkilometern.

Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland. Prognosen sagen ein weiteres Sinken der derzeit bei 1,65 Millionen liegenden Einwohnerzahl voraus. Diese Bevölkerungsentwicklung war als ein Grund für die Reform angeführt worden.

Landkreis *	Vorschläge für Kreisstädte – Ja-Stimmen					
Südvorpommern	Greifswald	45	Anklam	32	Pasewalk	1
Mecklenburgische Seenplatte	Neubrandenburg	53	Waren/Müritz	10	Neustrelitz	8
Nordvorpommern	Stralsund	58	Bergen auf Rügen	3		
Südwestmecklenburg	Parchim	41	Ludwigslust	34		
Nordwestmecklenburg	Wismar	40				
Mittleres Mecklenburg	Güstrow	40				

\* Vorläufige Bezeichnungen, die endgültigen Namen sollen die Wähler in einem Bürgerentscheid bestimmen.



Foto: Uwe Balewski

# Mehr Geld für Kitas

**Neues Gesetz will Betreuung verbessern**

■ Mecklenburg-Vorpommerns Kindertagesstätten bekommen künftig zusätzlich 22 Millionen Euro pro Jahr. Der Landtag beschloss am 8. Juli ein neues Kindertagesförderungsgesetz (KiFöG) mit den Stimmen von SPD und CDU. Mit dem Geld sollen die Gruppengrößen im Kindergarten von 18 auf 17 Kinder verkleinert und Kitas in sozialen Brennpunkten besonders unterstützt werden. Zudem bekommen die Erzieherinnen mehr Zeit für Vorbereitungen und Elterngespräche. Die Ausgaben des Landes für die Kinderbetreuung steigen mit dem neuen Gesetz auf jährlich 131 Millionen Euro.

Redner von Regierung und Koalition lobten das neue Gesetz, das im parlamentarischen Beratungsverfahren noch nachgebessert worden war. Im Regierungsentwurf waren ursprünglich nur 15 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, die Koalition lenkte später noch weitere sieben Millionen Euro aus dem Haushalt in das KiFöG. Die Opposition scheiterte mit zahlreichen Änderungsanträgen.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** sagte in der Debatte unmittelbar vor der Entscheidung: „Heute ist ein guter Tag für al-

In den Kindertagesstätten Mecklenburg-Vorpommerns werden rund 93.000 Kinder betreut. Fast alle Dreis- bis Sechsjährigen besuchen den Kindergarten. Von den unter Dreijährigen sind etwa die Hälfte in der Krippe oder bei einer Tagesmutter. Das Land gehört bundesweit zu den Spitzenreitern, was die Bereitstellung von Plätzen angeht. Verschiedene Studien hatten in der Vergangenheit jedoch Defizite bei der Betreuungsqualität festgestellt. Vor allem die großen Gruppen im Kindergarten wurden kritisiert.



Foto: Jens Büttner

le Kita-Kinder und ihre Eltern und für die engagierten Erzieherinnen und Erzieher, die in unseren Kindertagesstätten arbeiten.“ Das Land erhöhe seine Zuschüsse, weil es der Familienpolitik höchste Priorität einräume, betonte er. Möglich sei dies, weil der Landeshaushalt in den vergangenen zwölf Jahren konsolidiert worden sei. CDU-Fraktionsvorsitzender **Harry Glawe** verwies darauf, dass die Ausgaben des Landes für Kitas seit Antritt der rot-schwarzen Koalition 2006 um fast ein Drittel (32,4 Prozent) gestiegen sind. Auch die Bedingungen für Fort- und Weiterbildung in der Tagespflege seien verbessert worden. Die frühkindliche Bildung sei Bestandteil des Gesetzes. Er hob auch die Förderung sozial schwacher Familien hervor. Den Kindern werde unter anderem ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung gestellt. Insgesamt erhält seinen Worten nach etwa jedes zehnte Kind eine spezielle Förderung.

**Jörg Heydorn**, sozialpolitischer Sprecher der SPD, betonte, das neue Gesetz sei ein wichtiger Schritt zu noch besserer Kinderbetreuung im Land. Mit den Schwerpunkten auf mehr Qualität, besseren Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie eine bessere frühkindliche Bildung und Betreuung sei die Koalition diesem Ziel näher gekommen.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** hob die fünf Millionen Euro für Kitas mit einem hohen Anteil an Kindern aus sozial benachteiligten Familien hervor. Damit solle die Chancengerechtigkeit verbessert werden, sagte sie.

Die Oppositionsfractionen kritisierten verschiedene Teile des Gesetzentwurfes.

**Dr. Marianne Linke** (Die LINKE) wollte den Punkt „Religion“ bei den Zielen und Inhalten der individuellen Förderung in der Kita streichen. Dies sei ein Eingriff in die Elternrechte, begründete sie. In einem Änderungsantrag ihrer Fraktion werde die humanistische Erziehung und Wertebildung in den Mittelpunkt gerückt. Mehr Aufmerksamkeit müsse auch einer guten Ausbildung und Qualifikation des Personals gewidmet werden.

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** hält das neue Gesetz zwar für besser als das vorherige. Er sprach sich dennoch für notwendige Änderungen aus. Beispielsweise dürften nicht ohne Zustimmung der Eltern Daten in den Kitas über die Kinder gesammelt werden. Die Liberalen verlangten unter anderem, dass die Aufzeichnungen der Erzieherinnen über den Entwicklungsfortschritt jedes Kindes der Zustimmung durch die Eltern bedürfen.

**Stefan Köster** (NPD) forderte, die Familien sollten selbst entscheiden können, ob und in welchem Alter sie ihre Kinder in die Einrichtungen geben wollen. Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, dürften keine finanziellen Nachteile haben. Den Gesetzentwurf lehne seine Fraktion ab.

*Gesetzentwurf der Landesregierung:*

*Drucksache 5/3381*

*Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses*

*Drucksache 5/3610*



Foto: Jens Büttner

## Wichtige Änderungen des Regierungsentwurfs im Ergebnis der parlamentarischen Beratungen

(Ergänzungen bzw. Änderungen fett gedruckt, entfallene Passagen durchgestrichen)

### Individuelle Förderung

Die Kinder sollen in besonderer Weise personale, soziale, kognitive, körperliche und motorische Kompetenzen sowie Kompetenzen im alltagspraktischen Bereich in folgenden Bildungsbereichen erwerben:

- Kommunikation, Sprechen und Sprache(n)
- Bewegung
- (Inter)kulturelle und soziale Grunderfahrungen
- **Werteerziehung, Ethik und Religion**
- Musik, Ästhetik und bildnerisches Gestalten
- elementares mathematisches Denken
- Welterkundung und naturwissenschaftliche Grunderfahrungen
- Gesundheit

### Elternräte

Zu den Beratungen des Kreis- oder Stadtelternräte sowie des Landeselternrates soll künftig auch **eine Vertretungsperson der Eltern, deren Kinder durch Tagespflegepersonen gefördert werden, hinzugezogen werden.**

### Rauchverbot

Aus Gründen der Gesundheitsvorsorge und der Suchtvorbeugung darf ~~während der Öffnungszeiten~~ in den Kindertageseinrichtungen und den Räumen der Kindertagespflege nicht geraucht und dürfen **während der Öffnungszeiten** keine alkoholischen Getränke zu sich genommen werden.

### Betreuungsschlüssel

**Ab dem Jahr 2011 ist durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sicherzustellen, dass eine Fachkraft durchschnittlich 17 Kinder ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt fördert.**

### Vereinbarungen über den Betrieb der Kindertageseinrichtungen

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll Vereinbarungen über den Betrieb der Kindertageseinrichtungen im Einvernehmen mit der Gemeinde, in der die Förderung angeboten wird, abschließen. Mit den Vereinbarungen werden **Inhalt, Umfang und Qualität** der Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen der jeweiligen Kindertageseinrichtung festgelegt. **Die Ver-**

**pflegung ist als Bestandteil der Vereinbarungen gesondert auszuweisen.**

### Finanzielle Beteiligung des Landes

Ab dem Jahr 2011 stellt das Land einen Betrag in Höhe von **9 Mio. Euro zur individuellen Förderung** von Kindern zur Verfügung (alt 8,85 Mio. Euro). Davon erhalten die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe **5 Mio. Euro zur gezielten Entwicklungsförderung** von Kindern (alt 5,15 Mio. Euro). Die verbleibenden 4 Mio. Euro werden zur anteiligen Finanzierung der mittelbaren pädagogischen Arbeit (Vor- und Nachbereitung) in Höhe von **3,8 Mio. Euro** (alt 3,5 Mio. Euro) und zur Qualitätsentwicklung und -sicherung 200.000 Euro eingesetzt.

Für die Mehrkosten infolge der Absenkung des Betreuungsschlüssels auf 17:1 stellt das Land ab 2011 jährlich **7,17 Mio. Euro** zur Verfügung.

*Der Sozialausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der Fraktion der NPD bei Enthaltung seitens der Fraktionen DIE LINKE und der FDP mehrheitlich die Beschlussempfehlung angenommen.*



Foto: Jens Büttner

## Klimaschutz

### Landtag fordert mehr Klimaschutz in der Wald- und Forstwirtschaft

■ Erlöse aus dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten der Wirtschaft sollen nach dem Willen des Landtages auch der Pflege und Erweiterung der Wälder zu Gute kommen. In einem Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU, dem bei der Debatte am 8. Juli auch die FDP und DIE LINKE zustimmten, wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei Beratungen auf nationaler und europäischer Ebene für eine „angemessene Berücksichtigung“ des Klimaschutzes in der Wald- und Forstwirtschaft einzusetzen.

Der Klimawandel sei zwar schon oft Thema im Parlament gewesen, sagte **Angelika Peters** (SPD). Aber die Wald- und Forstwirtschaft habe bei den Umweltschutz-Debatten bislang nicht im Mittelpunkt gestanden. Das müsse sich ändern. „Reagieren wir nicht auf den zu erwartenden Temperaturanstieg, sind auch unsere Wälder in Mecklenburg-Vorpommern in Gefahr“, begründete sie den Antrag. Viele der heimischen Baumarten könnten sich nicht anpassen. Außerdem drohten Waldbrände, Hitze mit Trockenheit und abnehmende Widerstandskraft der Bäume. Schadorganismen wie der Borkenkäfer werden sich ihren Voraussagen nach stärker vermehren. Sie verwies auf ein neues Konzept aus dem Umweltministerium, das Gegenmaßnahmen enthält. Doch bräuchten Waldbesitzer und Forstverwaltung zusätzlich Geld, um diesen Katalog umzusetzen. Der Mensch, der nicht sorgsam genug mit der Natur umgeht, ist nach Ansicht von Umweltminister **Dr. Till Backhaus** Verursacher des Klimawandels. Schon jetzt sei ein Eschensterben zu beklagen, weil bestimmte Schaderreger zugenommen haben. „Unser Ministerium hat bereits in

diesem Sinne ein Maßnahme-Konzept zur Anpassung der Wälder Mecklenburg-Vorpommerns an den Klimawandel vorgelegt“, sagte der Minister. Darin seien unter anderem Untersuchungen zur Stresstoleranz heimischer Bäume und zur Anpassungsfähigkeit fremder Baumarten vorgesehen. Waldbesitzer sollten ihren Beitrag zum Klimaschutz vergütet bekommen. Seinen Worten nach müssten in Mecklenburg-Vorpommern 50 Millionen Euro bereitgestellt werden, um die Waldmehrung und -pflege zu unterstützen. Er werde sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung eine entsprechende Zusage aus der vergangenen Legislaturperiode einhält.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es nach Angaben von **Wolfgang Griese** (DIE LINKE) mehr als 50.000 Waldbesitzer, die alle diese Unterstützung verdienen würden. Der Maßnahme-Katalog aus dem Ministerium sei ein richtiger Schritt für den Umweltschutz und mache eigentlich den Antrag überflüssig. Seine Fraktion stimme dennoch zu. „Wald- und Forstpolitik muss langfristig konzipiert und in Generationen gedacht werden“, forderte er.

**Udo Timm** (CDU) hob hervor, dass Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit zu den waldärmsten Länder gehört. Während der Waldanteil im Bundesdurchschnitt bei 31 Prozent liege, hat der Wald im Nordosten lediglich einen Anteil von 23 Prozent an der Landesfläche. „Aus diesem Grunde haben wir uns zur Erhaltung und Mehrung des Waldes bekannt“, betonte er. Wälder seien auch als Lieferant erneuerbarer Energien unschätzbar.

Aus Sicht der NPD-Fraktion bestehe kein „akuter Handlungsbedarf“, sagte deren Abgeordneter **Raimund Frank Borrmann**. „Wir Nationaldemokraten bezweifeln einen substanziell wirksamen Einfluss auf die Veränderungen des Welt- oder Regionalklimas durch den Menschen im Sinne einer Klimakatastrophe.“ Die NPD fordere „ein Ende des wirtschaftlich unsinnigen und wettbewerbsverzerrenden Zertifikatehandels, der nichts anderes ist als eine verkappte Steuer, widerstandslos eingetrieben durch medial erzeugte Katastrophenstimmung“.

**Sigrun Reese** (FDP) sieht es als erforderlich an, „dass die Anpassung der Wald- und Forstwirtschaft an den Klimawandel bei Beratungen zukünftig stärker in den Vordergrund gestellt werden muss“. Aus diesem Grund werde ihre Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen. Jetzt müssten geeignete Maßnahmen durchgesetzt werden, damit auch in Zukunft eine nachhaltige Forst- und Waldwirtschaft gewährleistet wird. „Dies bedeutet unter anderem auch den Rückbau von Monokulturen wie dem nicht standortgerechten Nadelwald.“

[Drucksache 5/3577](#)

# Änderung des Wahlrechts

**Landtag will mehr Klarheit  
über Kandidaten schaffen**

■ Die Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg-Vorpommern sollen mehr Klarheit über die Vergangenheit und die Zukunftspläne der Kandidaten erhalten. Das sieht der Entwurf für ein neues Wahlgesetz vor, den die Landesregierung am 8. Juli dem Landtag vorgelegt hat.

Bürgermeister und Landräte, die zu Kommunalwahlen antreten, sollen künftig erklären, ob sie im Fall ihrer Wahl das Mandat in Gemeindevertretung oder Kreistag auch wirklich annehmen wollen. Dadurch sollen „Scheinkandidaturen“ verhindert werden. In der Vergangenheit haben sich immer wieder hauptamtliche Bürgermeister oder Landräte für Kommunalwahlen aufstellen lassen, um ihre Popularität für die Partei zu nutzen. Nach der Wahl verzichteten sie dann auf das Mandat, weil sie sonst ihren Posten an der Verwaltungsspitze hätten aufgeben müssen.

Je nach Wahlergebnis seien dann bis zu drei Parteifreunde von der Liste nachgerückt, beschrieb Innenminister **Lorenz Caffier** das Problem in seiner Einbringungsrede. „Und der eine oder andere Wähler rieb sich erstaunt die Augen und fragte sich, wo die denn jetzt herkommen und warum der Herr Bürgermeister nicht in der Gemeindevertretung sitzt.“ Verboten könne man Scheinkandidaturen zwar nicht, aber es solle Klarheit für den Wähler hergestellt werden. Zudem sollen künftig Bürgermeister- und Landratskandidaten vor der Wahl schriftlich erklären, ob sie für die Staatssicherheit der DDR tätig waren. Diese Erklärung soll vor dem Urnengang veröffentlicht werden. „Dadurch sollen mögliche Stasi-Verstrickungen von Kandidaten rechtzeitig bekannt werden“, sagte der Minister. So soll eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des betreffenden Kandidaten noch vor der Wahl möglich sein. „Dies soll dazu beitragen, die laufende Amtszeit von belastenden und zermürbenden weite-



Foto: Jens Büttner

ren Debatten möglichst freizuhalten.“

**Peter Ritter**, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, forderte für das Gesetz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Scheinkandidaturen, dies sei auch die Auffassung seiner Fraktion, müssten verhindert oder zumindest erschwert werden. Er kündigte bereits einen Antrag zur Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen von jetzt 18 auf 16 Jahre an.

**Heinz Müller** (SPD) verwies auf eine Verhandlung am Landesverfassungsgericht Schleswig-Holstein, das im August eine Entscheidung zum Wahlgesetz treffen sollte. (Anm. der Red.: Das Gericht erklärte Teile des Wahlrechts für verfassungswidrig und ordnete Neuwahlen an. Kritisiert wurde vor allem die Praxis der Überhangmandate, die nach Auffassung der Richter den Wählerwillen verzerren.) Das zeige, welche große praktische Bedeutung dieses Gesetz habe. Zudem sei der Ansatz zu Deregulierung und Entrümpelung richtig.

**Michael Andrejewski** (NPD) lehnte den Entwurf im Namen seiner Fraktion ab. Statt eines grundlegenden Kampfes gegen die sogenannte Scheinkandidatur würden im Entwurf nur rechtlich unverbindliche Erklärungen gefordert, aus denen sich jeder Bürgermeister herauswinden könne.

Nach Ansicht von **Toralf Schnur** (FDP) löst das Gesetz das Problem der Scheinkandidaturen noch nicht. Der Wähler müsse entscheiden können, wer nachrückt – und nicht der Staat oder ein Gesetz.

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der NPD zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

[Drucksache 5/3568](#)

## Wahljahr 2011

Voraussichtlich am 4. September 2011 wird in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Dem Landtag gehören mindestens 71 Abgeordnete an, die für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt werden. Die genannte Abgeordnetenzahl ändert sich nur, wenn Überhang- oder Ausgleichsmandate entstehen oder wenn Sitze leer bleiben (§ 20 Landesverfassung). Parallel zur Landtagswahl finden am 4. September die Wahlen für die Kreistage und Landräte der sechs neuen Landkreise statt. Damit wird die vom Landtag am 7. Juli beschlossene Kreisstrukturreform umgesetzt.

# Längere Haft für gefährliche Straftäter

**Landtag will nachträgliche Sicherungsverwahrung erhalten**

■ Der Landtag hat sich am 9. Juli für die Beibehaltung der nachträglichen Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter ausgesprochen. Der Antrag der Regierungsfractionen wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und NPD angenommen, DIE LINKE stimmte dagegen, die FDP enthielt sich.

Justizministerin **Uta-Maria Kuder** hatte in der Debatte gefordert, die nachträgliche Sicherungsverwahrung dürfe „nicht ohne Not über Bord geworfen werden“. „Es gibt extreme Gewalt- und Sexualstraftäter, deren hohe Gefährlichkeit sich erst während der Haft herausstellt“, erklärte die Ministerin.

Seit 2004 kann Sicherungsverwahrung auch nachträglich, nach der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, angeordnet werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sieht in der rückwirkenden Anordnung eine Verletzung der Menschenrechte, denn für den Gerichtshof sei die Sicherungsverwahrung Sühne, sagte die Ministerin. Nach deutschem Recht sei sie Maßregel und diene dem Schutz der Allgemeinheit. Alle zwei Jahre müsse überprüft werden, ob die Inhaftierung weiterhin notwendig ist. An der Sicherungsverwahrung führe kein Weg vorbei, um Rückfälle von verurteilten Straftätern zu vermeiden und Opfer vor Schäden zu bewahren, betonte sie.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Dr. Armin Jäger**, sagte, Instrumente wie die elektronische Fußfessel seien dafür nicht ausreichend. „Bei Sicherungsverwahrung geht es immer um als gefährlich eingestufte Straftäter, die bereits schwerste Straftaten begangen haben und rückfallgefährdet sind“, begründete er. Allerdings sei auch eine Therapie für Gewalttäter nötig. Nur Wegsperrn reiche nicht. Deshalb müsse ebenso an der Verbesserung von Therapien gearbeitet werden. Wenn diese aber nicht zum



Foto: Jens Büttner

Erfolg führen, dann müsse die Möglichkeit bestehen, nicht therapierbare Täter sicher zu verwahren.

Die Abgeordnete **Barbara Borchardt** von der Fraktion DIE LINKE kritisierte, sie sehe keinen wesentlichen Unterschied zwischen Strafe und Sicherungsverwahrung in Deutschland. Diese Maßregel schaffe zudem nur eine Scheinsicherheit für die Bevölkerung. Da stimme ihre Fraktion mit dem Deutschen Anwaltsverein überein. Die Sicherungsverwahrung sollte abgeschafft und durch Maßnahmen wie Prävention, Therapie und Kontrolle ersetzt werden. Borchardt sprach sich zwar für eine Reform der Sicherungsverwahrung aus, aber gegen ein Festhalten an der unbefristeten Verwahrung und gegen die Sicherungsverwahrung für Straftäter, die ihre Tat als Jugendliche begangen haben. Der Staat könne nicht jedes Risiko für die Bevölkerung ausschließen. Die Freiheit jeder Person stehe an oberster Stelle. Im Greifswalder Appell zur Reform der Sicherungsverwahrung hätten Experten auf die Unsicherheit von Rückfallprognosen hingewiesen. „Woher nehmen wir das Recht, diese Menschen aufgrund eines bloßen Verdachts ihrer Freiheit zu berauben?“, fragte sie.

**Reinhard Dankert** (SPD) äußerte Zweifel, ob bei allen Gewalttätern Prävention oder Therapie überhaupt möglich sind. „Gleichwohl muss man es versuchen“, betonte er. Auch die Gutachter würden heute wesentlich kritischer hingucken als früher. Es sei höchste Zeit, dass das deutsche Recht mit dem europäischen in Übereinstimmung gebracht wird. „Bei allem Respekt vor der Unabhängigkeit der Justiz, aber es muss gerade bei so einem sensiblen Thema einen einheitlichen Rahmen geben, sonst wird das nichts“, unterstrich er.

„Die neue Regelung der Sicherungsver-

wahrung muss rechtssicher sein“, forderte **Gino Leonhard** (FDP) von der Bundesregierung. Das Instrument als solches werde nicht in Frage gestellt. Uneinigkeit gebe es nur bei der nachträglichen Anordnung, die allerdings in der Praxis kaum angewandt werde. Nur selten stelle sich erst im Strafvollzug die Gefährlichkeit des Täters heraus. „Der Bundesgerichtshof hat seit Sommer 2004 nur bei etwa einem Dutzend dieser Verfahren die nachträgliche Sicherungsverwahrung bestätigt. Bis Mitte 2008 wurde allerdings in knapp einhundert Fällen die Anordnung abgelehnt“, listete er auf. Voraussetzung sei eben, dass sich aufgrund neuer Tatsachen erstmals im Strafvollzug die Gefährlichkeit des Täters zeige. Das scheint Leonhard zufolge in der Praxis nur selten der Fall zu sein. Als Instrument zur ständigen Kontrolle solcher Straftäter komme eher die elektronische Aufenthaltsüberwachung in Frage.

**Michael Andrejewski** (NPD) findet es seinen Worten nach „viel vernünftiger, die Strafraumen zu erhöhen und auch tatsächlich höhere Freiheitsstrafen auszusprechen“. Bei allem, was mit Kinderpornografie oder gar sexuellen Übergriffen gegen Kinder zu tun hat, müsse lebenslänglich die Mindeststrafe sein – „ohne die Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung“. Auf diese Weise könne man Intensivtäter für einige Zeit aus dem Verkehr ziehen. „Das geht mit höheren Strafen. Dann könnte man weitgehend auf Sicherungsverwahrung verzichten, was auch ehrlicher wäre“, sagte er. Nachträgliche Sicherungsverwahrung aber sei nicht rechtsstaatlich. Wenn jemand gefährlich sei, sehe man das bereits im Prozess.

*Drucksache 5/3578*



Foto: Jens Büttner

## Bildungsgipfel

Am 10. Juni 2010 fand die 3. Verhandlungsrunde zum „Bildungsgipfel“ der Bundesregierung und der Bundesländer statt. Bei ihrem ersten Gipfeltreffen Ende 2008 hatten Bund und Länder vereinbart, die Investitionen in Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Angesichts der angespannten Haushaltslage sehen die Länder allerdings kaum Spielraum für Mehrausgaben. Sie fordern eine angemessene Beteiligung des Bundes, sonst sei das Zehn-Prozent-Ziel nur schwer oder nicht zu erreichen. Bis heute gibt es hierzu keine Einigung zwischen dem Bund und den Ländern.

# Bildungsgipfel

**Landtag nimmt Antrag der Linksfraktion an**

■ Die Fraktion DIE LINKE hat die Landesregierung am 9. Juli aufgefordert, sich für mehr Chancengleichheit in der Bildung einzusetzen. Vor allem müsse das Land verstärkt zum Gelingen des „Bildungsgipfels“ beitragen, heißt es in dem Antrag der Fraktion. Das mit der „Föderalismusreform“ eingeführte Verbot einer Kooperation von Bund und Ländern in Bildungsfragen erweise sich zunehmend als Hemmschuh und müsse abgeschafft werden.

Statt zusammenzuarbeiten, streiten sich Bund und Länder „wie die Kesselflicker“, sagte **Andreas Bluhm** (DIE LINKE) bei der Begründung des Antrages. Dabei gehe es weniger um Ziele und Maßnahmen in der Bildung als um Geld und Zuständigkeiten. „Die bisherigen Bemühungen zur Harmonisierung, zum Beispiel bei Schulabschlüssen, bei Prüfungen oder Bildungsstandards, sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht der große Durchbruch“, betonte er.

**Marc Reinhardt** (CDU) sagte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmt. Schließlich werde damit die Qualifizierungsoffensive der Kanzlerin unterstützt. Die gestrige Verabschiedung des neuen Kindertagesförderungsgesetzes mit der Bildungskonzeption für Null- bis Zehnjährige ist in seinen Augen ein wichtiger Beitrag dazu. In einem Änderungsantrag forderten die Koalitionsfraktionen, dass ein größerer

Anteil der Umsatzsteuer in die Bildung fließen soll.

Auch die Liberalen sind **Hans Kreher** (FDP) zufolge mit den bisherigen Ergebnissen des Bildungsgipfels unzufrieden. Der FDP gehe es vor allem um die Finanzierung. Da auch ihr eigener Änderungsantrag darauf abzielt, mehr Mehrwertsteuerpunkte für die Bildung bereitzustellen, werde die FDP den Antrag zurücknehmen, um Doppelabstimmungen zu vermeiden. Bildungsminister **Henry Tesch** betonte, dass in Bildungsfragen ein Grundkonsens über Parteigrenzen hinweg geschaffen werden müsse. Im Oktober 2008 sei erstmals zum Bildungsgipfel von Bund und Ländern geladen worden. Es sei einiges erreicht worden, aber die Ergebnisse seien noch nicht zufriedenstellend. Das gemeinsame Ziel soll 2015 angesteuert werden. Mecklenburg-Vorpommern wird seinen Worten nach auch die Landespolitik

in die Verhandlungen einbringen. Das Land sei auf einem guten Weg, könne aber nicht auf die Unterstützung des Bundes verzichten. Er kritisierte das geplante Stipendienprogramm, das je zur Hälfte vom jeweiligen Bundesland und der Wirtschaft finanziert werden soll. „Das ist unrealistisch für unser Land“, sagte er.

**Birger Lüssow** (NPD) kritisierte, dass die BRD einerseits den Bologna-Prozess vorantreibe, um in Europa die Universitätsabschlüsse zu vereinheitlichen. „Auf der anderen Seite leisten wir uns in Deutschland 16 verschiedene Schulkonzepte“, sagte er. „Durch ein einheitliches Bildungswesen in Deutschland könnten in den Ländern ganze Heerscharen von Beamten und Angestellten in den Ministerialbürokratien eingespart werden“, meinte der NPD-Politiker.

Der Antrag wurde mit den eingebrachten Änderungen von SPD, CDU, FDP und Linke angenommen.

[Antrag DIE LINKE: Drucksache 5/3572](#)  
[Änderungsantrag SPD/CDU: Drucksache 5/3640](#)  
[Änderungsantrag FDP: Drucksache 5/3638](#)

## Weitere Beschlüsse des Landtages

### Erste Lesung Hochschulgesetz

■ Ein neues Hochschulgesetz soll die Studienbedingungen im Land verbessern. Der Landtag hat sich am 8. Juli erstmals mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Die Neuregelung solle Ortswechsel erleichtern und Verzögerungen im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium vermeiden, sagte Bildungsminister Henry Tesch, der den Entwurf in den Landtag einbrachte. Zudem sollen künftig Fachleute wie Meister in Industrie und Handwerk ohne Abitur studieren können. Das Landeshochschulgesetz war zuletzt 2002 novelliert worden. Die Hochschulleitungen sollen außerdem mehr Kompetenzen erhalten, etwa bei Studien- und Prüfungsordnungen, beim Berufungsrecht für Professuren oder bei der Hochschulorganisation. Der Gesetzentwurf wurde zur Detailberatung in die Fachausschüsse überwiesen.

[Drucksache 5/3564](#)

### Seniorenmitwirkungsgesetz

■ Mecklenburg-Vorpommerns Rentner bekommen mehr politische Rechte. Der Landtag verabschiedete am 7. Juli mit den Stimmen der SPD/CDU-Koalition ein so genanntes Seniorenmitwirkungsgesetz. DIE LINKE enthielt sich, FDP und NPD stimmten dagegen. Das Gesetz erlaubt dem Landesseniorenbeirat, der Landesregierung künftig Gesetze vorzuschlagen. Zudem muss der Beirat angehört werden, bevor die Regierung Gesetzentwürfe in den Landtag einbringt oder Vorschriften erlässt, welche die Belange von Senioren betreffen. Die Liberalen warfen der Koalition vor, mit dem Gesetz Klientelpolitik für ältere Menschen zu machen. DIE LINKE forderte mehr Geld für die Arbeit des Lan-

desseniorenbeirats, scheiterte aber mit einem entsprechenden Änderungsantrag. Grundsätzlich sprach sich die Fraktion aber für ein Seniorenmitwirkungsgesetz aus.

[Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses](#)

[Drucksache 5/3602](#)

[Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 5/3630](#)

### Dataport auch mit Niedersachsen

■ Die Steuerverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern arbeitet seit 2006 eng mit Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen zusammen. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Staatsvertrages unterstützen sich die Länder vor allem auf dem Gebiet der Informationstechnik gegenseitig. Dafür ist „Dataport“ als Dienstleister für moderne Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltungen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie für die Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet worden. Der bisherigen Vier-Länder-Anstalt ist nun das Land Niedersachsen beigetreten. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 7. Juli einer entsprechenden Änderung des Staatsvertrages zugestimmt. Das oberste Ziel sei die Einführung einer bundesweit einheitlichen Software für Besteuerungsverfahren. Dafür sei eine länderübergreifende Kooperation notwendig, hieß es zur Begründung der Gesetzesänderung.

[Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses](#)

[Drucksache 5/3609](#)

## Wechsel im Bildungsausschuss



Foto: Landtag

Ilka Lochner-Borst (6. v.r.), die seit 2002 den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur leitete, hat ihr Landtagsmandat zum 31. August 2010 niedergelegt. Die CDU-Politikerin war am 13. Juni 2010 in ihrer Heimatstadt Laage zur haupt-

amtlichen Bürgermeisterin gewählt worden und hat dieses Amt am 1. September angetreten.

Neuer Vorsitzender des Bildungsausschusses ist Marc Reinhardt (CDU, 5. v.r.).

# Pflicht-Dienstjahr für junge Männer und Frauen?



**Marc Reinhardt**

Bildungs- und jugendpolitischer Sprecher  
der CDU-Fraktion



**Gino Leonhard**

Parlamentarischer Geschäftsführer und  
innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

■ Angesichts der Tatsache, dass nicht einmal mehr die Hälfte eines Jahrganges zur Bundeswehr eingezogen wird, gibt es seit Jahren die Diskussion, ob diese Einberufungspraxis noch gerecht ist. In Zusammenhang mit der mehrfachen Verkürzung des Wehrdienstes auf inzwischen sechs Monate und der damit einhergehenden Verkürzung der Ersatzdienste haben insbesondere die Wohlfahrtsverbände auf die gewachsenen Anforderungen in der Pflege und in Behinderteneinrichtungen hingewiesen. Vor diesem Hintergrund ist die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht zu sehen.

Ich bin als Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Jungen Union in Mecklenburg-Vorpommern sehr dafür, dass es zu einer solchen allgemeinen Dienstpflicht für alle jungen Männer und Frauen kommt. Dies wäre eine echte Weiterentwicklung der Wehrpflicht und der heute möglichen Ersatzdienste.

Es liegt im Interesse der Geschlechtergerechtigkeit, wenn eine allgemeine Dienstpflicht für junge Frauen wie Männer gleichermaßen gilt. Unsere Vorstellung ist, dass jede junge Frau und jeder junge Mann frei wählen kann, ob er dieser Dienstpflicht bei der Bundeswehr, im sozialen Bereich, in Natur- und Umweltschutz, im Denkmalschutz oder in der Entwicklungshilfe nachkommen möchte. Im Grunde würden also die heutige Wehrpflicht, die bislang möglichen Ersatzdienste und die Freiwilligendienste zusammenzuführen sein.

Ein solches Pflichtjahr würde den Gemeinsinn und die Verantwortung für

die demokratische Gesellschaft in unserem Land stärken. Junge Menschen könnten einen Beitrag zu Sicherheit unseres Landes leisten, soziale Kompetenzen erwerben oder sich neue Berufsfelder erschließen, mit denen sie anderenfalls nicht in Berührung kommen würden. Die allgemeine Dienstpflicht kann so einen wichtigen Beitrag zur Berufsorientierung und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland leisten.

Es wäre gut, wenn wir den Vorschlag für eine allgemeine Dienstpflicht ernsthaft diskutieren, statt diesen unsachlich zu zerreden.

■ Die positiven Effekte sozialer Dienstjahre für die persönliche Entwicklung junger Menschen, die prägenden Erfahrungen und der hohe Wert für die Gesellschaft sind unbestritten. Gleichwohl ist der Vorschlag eines obligatorischen Dienstjahres verfassungsrechtlich problematisch und gesellschaftspolitisch falsch. Das Dienstjahr als Ersatz für den wegfallenden Zivildienst ist nämlich nichts anderes, als die Zwangsrekrutierung Jugendlicher als billige Arbeitskräfte für Betreuung und Pflege. Dabei gibt es sogar Berechnungen, wonach der spätere Berufseintritt den Staat mehr kostet, als die „preiswerten“ Zivis einsparen. Müssen doch die Wirtschaft auf Fachkräfte und die Berufsanfänger auf Einkommen verzichten.

Der eigentliche Preis des Zwangsdienstes ist der Verlust der Handlungsfreiheit der Jugendlichen. Diese sollten aus Sicht der Liberalen selbst entscheiden können, ob, wann und in welchem Umfang sie für die Gesellschaft tätig werden. Die Motivation dazu kann die Politik durch attraktivere Rahmenbedingungen, mehr Werbung und mehr Angebote für das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr sowie für das Technikum setzen.

■ **Mit dem Vorschlag von Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU), die Wehrpflicht auszusetzen und die Bundeswehr zu verkleinern, entbrannte eine Diskussion um eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen. Junge Menschen sollen grundsätzlich ein Jahr Dienst für die Gemeinschaft leisten. Damit soll auch ein möglicher Wegfall des Zivildienstes kompensiert werden.**

Wir sollten Jugendlichen alle Tore für eine vernünftige berufliche Entwicklung öffnen, statt ihre Entwicklung zu unterbrechen. Nach der Ausbildung ist ein zügiger Übergang ins Berufsleben wichtig. Pausen von der betrieblichen Praxis sind in Zeiten des Fachkräftemangels kontraproduktiv.

Zudem wäre der Dienst ein erheblicher Eingriff in die Handlungs- und Berufsfreiheit, also grundgesetzwidrig. Nach

der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der Zivildienst nur als Ausgleich für den verweigerten Wehrdienst und dieser nur als „Konkretisierung des Verfassungsgrundsatzes der militärischen Landesverteidigung“ verfassungsgemäß. Davon losgelöste Dienstjahre widersprechen demnach dem Grundgesetz.

Wird die Wehrpflicht endlich ausgesetzt, gibt es keinen Grund für anderweitige Zwangsdienste. Wir müssen die Jugendlichen daher für Freiwilligenjahre motivieren, nicht zwangsrekrutieren!

## Neubau des Plenarsaals

**Architektenwettbewerb für neuen Plenarsaal**

■ Zur Neugestaltung des Plenarsaals des Landtages im jetzigen Festsaal des Schweriner Schlosses wird derzeit ein offener Planungswettbewerb vorbereitet. Die Wettbewerbsunterlagen werden voraussichtlich im Herbst 2010 ausgegeben.

Enge Sitzreihen für die Abgeordneten, schlechte Akustik, defekte Klimaanlage, zu wenig Platz und schlechte Sicht für Besucher und Journalisten – der Plenarsaal in seiner jetzigen Verfassung ist alles andere als optimal und zeitgemäß für die Debatten und Abstimmungen des Parlaments. Deshalb wird schon seit längerem über die Verbesserung dieser unbefriedigenden Situation diskutiert. Dabei stehen drei Vorschläge zur Debatte: Sanierung des aktuellen Plenarsaals, grundlegender Umbau am jetzigen Ort oder aber Neubau eines Plenarsaals im Bereich des Festsaaals. Für diese dritte Option wird derzeit ein Architektenwettbewerb vorbereitet.



Festsaal des Schlosses

Ausgelobt wird der Wettbewerb vom Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL), der im Auftrag des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung handelt. Die Koordinierung des Wettbewerbs erfolgt in enger Abstimmung mit dem Landtag.

Die Entscheidung für den Architektenwettbewerb und der zeitliche Rahmen hatte im März 2010 die Parlamentarische Baukommission des Landtages getroffen. Zur Vorbereitung des Wettbewerbs wurden während der Parlamentsferien umfangreiche Voruntersuchungen zur Statik im Bereich des Festsaaals durchgeführt, um die vorhandene Bausubstanz zu bewerten. Auf der Grundlage der Ergebnisse erstellt der BBL nun die Wettbewerbsunterlagen, die voraussichtlich im Herbst 2010 ausgegeben werden. Im Anschluss an den Wettbewerb wird ein Preisgericht die eingereichten Beiträge bewerten und Preisträger küren. Alle eingereichten Wettbewerbsarbeiten werden anschließend öffentlich ausgestellt. Ob und wann ein neuer Plenarsaal gebaut wird, entscheidet der Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2012 und 2013.

## Erhalt der biologischen Vielfalt

**Landtag schreibt 12. Ernst-Boll-Umweltpreis aus**

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schreibt zum 12. Mal den Ernst-Boll-Umweltpreis aus. Zum Thema „Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ können sich Einzelpersonen aller Altersstufen, Gruppen, Verbände sowie juristische Personen bis einschließlich 31. Januar 2011 am Wettbewerb beteiligen.

Der Preis ist mit insgesamt 25.000 Euro dotiert und bis heute der einzige deutsche Umweltpreis, der von einem Landesparlament vergeben wird. Die Vergabe der Auszeichnung erfolgt zweimal innerhalb einer Wahlperiode des Landtages.

Mit der Vergabe des Umweltpreises verfolgt der Landtag das Ziel, herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz zu würdigen, die weitere Arbeit der Preisträger zu fördern und zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung im Land beizutragen. Ausgezeichnet werden sollen Leistungen, die Vorbildfunktion haben, an anderer Stelle wiederholbar sind sowie dazu beitragen, Mecklenburg-Vorpommern als attraktiven Lebensraum zu erhalten und zukunftsfähig zu entwickeln.

Seit 1992 lobt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern den Umweltpreis zum Gedenken an Ernst Boll aus, einem bedeutenden Naturforscher und Historiker aus Neubrandenburg (1817 bis 1868). Seine Schaffenskraft widmete Boll insbesondere der mecklenburgischen Landes- und Naturgeschichte. Politisch engagiert war er in Gremien der Reformbewegung an der Seite von Fritz Reuter.

Ausschreibungsunterlagen zum Umweltpreis 2010/2011 können auf der Internetseite des Landtages heruntergeladen oder kostenlos angefordert werden beim

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Geschäftsstelle des Umweltpreises  
Schloss  
Lennéstraße 1  
19053 Schwerin  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



# Selbermachen

## Jugend im Landtag 2010

■ Unter dem Motto „Jugendperspektiven? Selbermachen!“ laden der Landtag und der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern vom 7. bis 11. November Jugendliche aus dem ganzen Land zu dem mehrtägigen Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ ins Schweriner Schloss ein. Die Teilnehmer diskutieren miteinander und mit den Abgeordneten über ihre Themen und Vorschläge und lernen die Wirkungsstätte und die Arbeit der Landtagsabgeordneten kennen.



Foto: Landesjugendring M-V

Das JiL-Vorbereitungsteam hat sich bereits von etwa einem Jahr zusammengefunden und bei mehreren Wochenend-Treffen Ideen für Inhalt und Programm gesammelt. Die Schwerpunktthemen haben sich dabei relativ schnell herauskristallisiert: Freizeit, Schule, Ausbildung / Arbeit und Umwelt. In Workshops wollen die Jugendlichen ihre Meinungen, Ideen und Vorschläge hierzu austauschen, von Experten Fakten und Denkanstöße bekommen und eigene Forderungen an die Landespolitik erarbeiten. Bereits vor der parlamentarischen Sommerpause gab es erste Kontakte zu einzelnen Fachausschüssen des Landtages, um gemeinsame Beratungen zu verabreden.

Um den Teilnehmern das Schloss als Sitz des Parlaments näher zu bringen und ihnen die Orientierung im „schönsten Landtagsitz Deutschlands“ zu erleichtern, gibt es am ersten Tag wieder eine Landtagsrallye. Außerdem werden die Jugendlichen bei einem Planspiel ein Gesetzgebungsverfahren simulieren und dabei besser verstehen, wie Entscheidungen im Landtag zustande kommen.

Gegenwärtig läuft das Anmeldeverfahren. Zur Teilnahme eingeladen sind 100 junge Leute aus Mecklenburg-Vorpommern im Alter von 16 bis 22 Jahren. Bewerben können sich Interessenten noch bis zum 30. September. Für die Auswahl der Teilnehmer ist das Anmeldedatum nicht das wichtigste Kriterium. Berücksichtigt wird, dass möglichst Schüler, Azubis und Studenten mitmachen, verschiedene Regionen des Landes vertreten sind, ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis von Mädchen und Jungen

besteht, viele neue Akteure dabei sind – schließlich sollen bei Jugend im Landtag die Interessen möglichst vieler Jugendlicher vertreten werden.

Weitere Informationen gibt es bei Yvonne Griep, Koordinatorin der Beteiligungsworkstatt des Landesjugendrings, und bei Claudia Richter, Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Landtages.

[www.jugend.inmv.de](http://www.jugend.inmv.de)

[y.griep@inmv.de](mailto:y.griep@inmv.de)

[oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de).

## Rumänischer Botschafter zu Gast

■ Am 16. Juli besuchten der rumänische Botschafter Dr. Lăzar Comănescu und der Gesandte Vladimir Ciobănașu die Stadt Schwerin. Nach einer Begegnung mit Ministerpräsident Erwin Sellering in der Staatskanzlei und Gesprächen in der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin empfing die Vizepräsidentin des Landtages, Renate Holznagel, die Gäste im Schweriner Schloss. Dr. Lăzar Comănescu zeigte sich sehr beeindruckt von der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns von der Wende bis heute, insbesondere im Bereich des Tourismus. Außerdem bekundete er sein großes Interesse für die schnelle und erfolgreiche Privatisierung der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter von Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland ist Doktor der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und war unter anderem Minister für auswärtige Angelegenheiten von Rumänien.

## Bertha Klingberg



Foto: Cornelius Kettler

In der Ausgabe 5-2010 der LandtagsNachrichten ist uns bei der Schlossgeschichte „Bundesgartenschau ist Geschichte – und Gegenwart“ ein ärgerlicher Fehler unterlaufen. Die berühmte Blumenfrau Schwerins, an die seit verganginem Jahr eine Bronzeskulptur an der Schlosspromenade erinnert, heißt nicht Bertha Klingbeil, sondern Bertha Klingberg. Nach ihr ist auch der BUGA-Eingangsbereich benannt: Bertha-Klingberg-Platz!

## Der schönste Landtagsitz

Landtag war beim Mecklenburg-Vorpommern-Tag dabei

■ Auch der Landtag hat sich beim Mecklenburg-Vorpommern-Tag am 14. und 15. August in Schwerin präsentiert.

Das Schweriner Schloss als wohl schönster Sitz eines deutschen Landesparlaments ist ja ohnehin Blickfang und Anziehungspunkt für jeden Besucher der Landeshauptstadt. Am Festwochenende gab es vor dem Schloss ein buntes Informations- und Mitmachangebot des Landtages. Hier präsentierten sich außerdem zahlreiche Unterstützer der landesweiten Initiative für Demokratie und Toleranz „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Der Schlossinnenhof, wegen der Bauarbeiten normalerweise nicht öffentlich zugänglich, konnte an beiden Tagen besichtigt werden. Großen Zuspruch fand auch das Angebot, den Plenarsaal zu besichtigen. Mitarbeiter der Landtagsverwaltung informierten über die Ge-



Sylvia Bretschneider am Demokratie-Glücksrad des Landtages

sichte des Raumes, seine heutige Nutzung für die Parlamentsdebatten und standen für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Viele Gäste merkten sich bei der Gelegenheit den Tag der offenen Tür im Landtag am 12. September vor, um noch mehr über die Arbeit der Abgeordneten zu erfahren und weitere Räumlichkeiten des Parlamentes kennenzulernen.

## UNESCO-Welterbe Schweriner Schloss

Land und Stadt Schwerin unterzeichnen Bewerbungs-Vereinbarung

■ Am 7. September haben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Kultusminister Henry Tesch und Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow eine Vereinbarung des Landes mit der Landeshauptstadt Schwerin zur Bewerbung des Schweriner Schlossensembles als Welterbe der UNESCO unterzeichnet.

In der Vereinbarung verpflichtet sich das Land, vertreten durch das Kultusministerium und den Landtag, gemeinsam mit der Landeshauptstadt u. a. dazu, alle Anstrengungen zu unternehmen, um schnellstmöglich auf die deutsche Vorschlagsliste (tentative list) für die Aufnahme als Weltkulturerbe der UNESCO zu kommen. In der Vorwoche hatte der Kunsthistoriker Prof. Dr. Christofer Herrmann ein von der Landeshauptstadt beauftragtes Fachgutachten vorgelegt, das die Grundlage der UNESCO-Bewerbung Schwerins bilden soll. Die Antragstellung für die Aufnahme des Schweriner Schlossensembles in die UNESCO-Welterbeliste ist laut seinem Gutachten aus drei Gründen möglich:

Das Schweriner Schloss ist ein Meisterwerk der historistischen Baukunst, an dessen Entwurf mehrere herausragende Architekten beteiligt waren und in dessen Konzeption sich grundsätzliche Fragestellungen der Architekturdiskussion des 19. Jahrhunderts in Europa widerspiegeln.

Das Schweriner Schlossensemble zählt zu den herausragenden Beispielen des ‚romantischen Historismus‘ und ist auch ein außerordentlich authentisch erhaltenes Beispiel für die Entwicklung des Städtebaus (Verknüpfung von Residenz und Stadt mit einer Park- und Naturlandschaft) im 19. Jahrhundert.



v.l. Sylvia Bretschneider, Henry Tesch und Angelika Gramkow

Und das Schweriner Schlossensemble kann eine außergewöhnlich lange, epochenübergreifende Tradition als historischer, politischer und architektonischer Zentralort (Fürsten- und Parlamentssitz) vom 10. Jahrhundert bis in die Gegenwart vorweisen. Das Gutachten wird am 7. Oktober bei einem Kolloquium im Festsaal des Schweriner Schlosses präsentiert.

Die UNESCO-Liste verzeichnet derzeit 911 Kultur- und Naturerbestätten in 151 Ländern, davon 33 in Deutschland.

### Landtag vor Ort

Im Rahmen des Demokratie-Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ hat der Landtag in den vergangenen Wochen wieder eine Reihe von Veranstaltungen unterstützt, so zum Beispiel das „TeteRock-Festival“ in Teterow am 21. August und das Jugendevent „Prora 10“ am ersten Septemberwochenende. Weitere Stationen von Landtag vor Ort sind das Lindenfest in Lübtheen am 18. September und das Friedensfest in Ueckermünde am 2. Oktober.

# Sommerfrische vor der Haustür

*Heiligendamm und Gelbensande – beliebt schon zu Herzogs Zeiten*



*Alexandrinen-Cottage in Heiligendamm. Das romantische Logierhaus nutzte Großherzogin Alexandrine jahrzehntelang als sommerlichen Witwensitz.  
Stahlstich nach einer Zeichnung von Julius Gottheil, 1850*

■ Warum in die Ferne schweifen? Das Gute liegt so nah, muss sich Herzog Friedrich Franz I. von Mecklenburg-Schwerin gedacht haben, als er 1793 das erste deutsche Seebad an der Ostseeküste aus der Taufe hob. In Heiligendamm, wo er auf Anraten seines Arztes höchstselbst in die Fluten stieg. Ein Granitstein erinnert noch heute an die Gründung. Namhafte Architekten hinterließen im Laufe der Jahre ihre steinerne Handschrift in der Landschaft. Strandpromenade, Kurhaus mit Pensionshäusern, prächtige Villen, Gasthöfe, Bade- und Logierhäuser – kurzum, am Heiligen Damm entstand ein einzigartiges klassizistisches Ensemble, das fortan den Namen des Ortes prägen sollte: Weiße Stadt am Meer. Und die entwickelte sich schon bald zu einem mondänen Treffpunkt von Adel und Großbürgertum.

Ein Platz muss es Großherzog Paul Friedrich besonders angetan haben. Ein wenig abseits im Wald, an der Steilküste hoch über dem Meer – dort ließ der Nachfahre des Seebad-Gründers ab 1839 ein romantisches Logierhaus erbauen. Unter der Regie seines Lieblingsbaumeisters Georg Adolph Demmler. Das passende Geschenk für die Gattin, Großherzogin Alexandrine. Die preußische Prinzessin, Tochter der populären Königin Luise, gab dem Haus dann auch ihren Namen: Alexandrinen-Cottage. Die in Mecklenburg nicht minder beliebte Großherzogin nutzte das Anwesen später jahrzehntelang als sommerlichen Witwensitz.

Ihr Urenkel Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg wird sich noch Generationen später mit Freude an die Sommerfrische in Heiligendamm erinnern. Seine Eltern – bis zum Ende der Monarchie 1918 Regenten in Schwerin – verbrachten gewöhnlich mit den Kindern die Sommermonate Juli und August im ersten deutschen Seebad. Drei Villen habe die Familie seinerzeit dort besessen. „Von unserem Alexandrinen-Cottage konnten wir direkt an den Strand gehen“, schreibt er in seinen Lebenserinnerungen.

Dort empfing man auch hochherrschaftlichen Besuch. War doch die Schwester des Vaters, Cecilie, inzwischen durch ihre Heirat mit Wilhelm zur preußischen Kronprinzessin aufgestiegen. „Tante Cecilie“, wie sie genannt wurde, kam mit ihren sechs Kindern häufig zu Besuch, wie ihr Neffe aufschreibt.

Die Kronprinzessin und Herzogin zu Mecklenburg – die nie mit ihrem Mann den Kaiserthron besteigen sollte – schwelgt später in Erinnerungen an ihre unbeschwertere Kindheit in Mecklenburg. Ausflügen mit der kleinen weißen Dampfbarkasse „Adini“ auf dem Schweriner See widmet sie in ihren Memoiren reichlich Platz. Ebenso einer weiteren Sommerresidenz der Familie: dem Jagdschloss Gelbensande, das ihr Vater Anfang der 1880er Jahre bauen ließ und in dem sie alljährlich im September ihren Geburtstag feierte. Von einem „irdischen Paradies“ schwärmt Cecilie, das „bis auf den heutigen Tag die Heimat meines Herzens geblieben“ ist. Sie kann von der Landschaft nicht genug bekommen, die sie elegisch beschreibt als „Nachbarschaft des prachtvollen Waldes mit der oft in strahlender Bläue sich dehnenden, dann wieder dahinstürmenden Ostsee“. Eine Werbung für das Land, die noch heute den Tourismusverband vor Neid erblassen lassen dürfte!

Heute sind sowohl das Jagdschloss Gelbensande als auch das Alexandrinen-Cottage wieder im Privatbesitz. Das Jagdschloss in der Rostocker Heide ist mit Museum und Gastronomie öffentlich zugänglich. Im Gegensatz zum einstigen großherzoglichen Logierhaus am Heiligen Damm. Der Witwensitz von Alexandrine, lange dem Verfall preisgegeben, soll jetzt zu einem privaten Ferienhaus umgebaut werden.

*Quellenhinweise:  
Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg,  
„Erzählungen aus meinem Leben“, Stock&Stein  
Kronprinzessin Cecilie, „Erinnerungen“, Archiv*

Unter Leitung von Max van den Berg, Beauftragter der Königin in der niederländischen Provinz Groningen, stattete eine Delegation niederländischer Wissenschaftler und Unternehmer dem Landtag am 16. August einen Besuch ab. Bei der Begrüßung der Gäste hob der 2. Vizepräsident des Landtages, Andreas Bluhm (7.v.l.), insbesondere die Ähnlichkeiten zwischen Groningen und Mecklenburg-Vorpommern hervor, die eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Biowissenschaften und Gesundheitsökonomie begünstigen würden. Nach einer Schlossführung sah das dreitägige Besuchsprogramm u.a. Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister sowie Arbeitsbesuche in Greifswald und Rostock vor.

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Liane Lewerentz



Foto: Andrea Harms

Bei seinem Antrittsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern am 13. Juli besichtigte der Israelische Gesandte Emmanuel Nahshon den schönsten Parlamentssitz Deutschlands, wo er von der Vizepräsidentin des Landtages herzlich begrüßt wurde. In seinem Gespräch mit Renate Holznagel betonte der Gast, wie froh er über die große Freundschaft zwischen Israel und Deutschland ist, und bekräftigte die Wichtigkeit dieser Partnerschaft. Der in Paris geborene Nahshon beherrscht sechs Sprachen und hat an der Hebräischen Universität Jerusalem Jura studiert. Er war viele Jahre für das israelische Außenministerium tätig und ist seit 2009 Gesandter der Botschaft des Staates Israel.



Foto: Andrea Harms

Am 12. Juli besuchte der Kroatische Generalkonsul Zarko Plevnik (l.) mit dem Oberbürgermeister der Stadt Osijek, Kresimir Bubalo, den Landtag und das Schweriner Schloss. Vorangegangen war eine Einladung der Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow mit dem beiderseitigen Wunsch, Kontakte für eine Städtepartnerschaft aufzubauen. Vizepräsident Hans Kreher (r.) begrüßte die Gäste im Landtag und informierte sich über die Gespräche des Generalkonsuls in Schwerin.



Foto: Cornelius Kettler

Seit dem Fahrplanwechsel des Schweriner Nahverkehrs im August ist das Schweriner Schloss endlich auch bequem mit dem ÖPNV zu erreichen. Die Haltestellen der Buslinie 10, die direkt über den Bahnhof fährt, sind unmittelbar an der Schlossbrücke, so dass Besucher nur wenige Schritte bis zum Landtag, ins Schlossmuseum, in den Burg- oder den Schlossgarten gehen müssen. Ein echtes Plus für die Gäste, das Schloss – und die Umwelt!